

8.7.1919

**Tirol und die Vermögensabgabe.**

Innsbruck, 7. Mai.

In der heutigen Sitzung wurde ein Antrag des Abg. Steidle und Genossen, betreffend die bevorstehende Vermögensabgabe, eingebracht, der die Tiroler Landesregierung auffordert, sofort die geeigneten Schritte einzuleiten, insbesondere mit dem deutschösterreichischen Staatsamte für Finanzen zu verhandeln, damit der in Tirol sich ergebende Betrag der bevorstehenden Vermögensabgabe bis zur endgültigen Regelung der staatsrechtlichen Stellung Tirols vorläufig im Lande zurückbehalten und nicht an die Zentralstelle in Wien abgeführt werde. Der Antrag wurde an den Finanzausschuß zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Bekanntlich gelangte vor kurzem ein ähnlich lautender Antrag in der Vorarlberger Landesversammlung zur Annahme, da sich Vorarlberg anschickt, über seine künftige politische Zugehörigkeit durch eine Volksabstimmung zu entscheiden.